



## **Rede des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion**

### **Uwe Schwarz**

zu TOP 2 – 4:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes  
für die Heilberufe und zur Errichtung einer Kammer für  
Pflegerberufe in Niedersachsen**

**Attraktivität der Pflegeberufe steigern - Pflegekammer  
einrichten**

**Der „Dritte Weg“ entwickelt sich zum Holzweg - Ein Bran-  
chentarifvertrag für soziale Dienste könnte dagegen zum  
Königsweg avancieren**

**Gute Arbeit - faire Arbeitsbedingungen und tarifgebundene  
Arbeitsplätze im Bereich sozialer Arbeit durchsetzen**

während der Plenarsitzung vom 17.07.2012  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort

Egal ob es sich um Arbeitgeber von privaten, öffentlichen, kirchlichen oder Einrichtungen der Wohlfahrtspflege handelt: Wir werden in sozialen Berufen – allen voran den Pflegeberufen – nur dann ausreichend Fachkräfte bekommen, wenn es dafür mehr Wertschätzung, faire Arbeitsbedingungen und anständige Tariflöhne gibt. Genau das ist zusehends nicht der Fall.

Die SPD unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach vollständigen Mitbestimmungsrechten, nach Tarifrecht und auf Streikrecht bei allen Einrichtungsträgern ausdrücklich.

Es ist jedoch falsch, wenn die Linken mit ihrem Antrag den Eindruck erwecken, als wäre das Grundübel all dieser Probleme das Arbeitsrecht der Kirchen mit ihrem sogenannten „Dritten Weg“. In diesen Fragen gibt es in der Kirche ohnehin selber reichlich Bewegung.

Nach Art. 140 GG verwalten die Kirchen ihre eigenen Angelegenheiten selber. Somit ist Kirchenrecht Verfassungsrecht. Wer unsere Verfassung hier ändern will, verkämpft sich an der falschen Stelle.

In der neuen Nordkirche gilt z. B. ein Tarifvertrag, der sich am TVÖD orientiert. In Niedersachsen haben einzelne kirchliche Einrichtungen Tarifverträge geschlossen (z. B. in Oldenburg), ohne dass es zu angedrohten Sanktionen gekommen ist.

Die Diakonie Niedersachsen strebt einen Tarifvertrag „Soziales“ mit Allgemeinverbindlichkeitserklärung an.

Nur wenn sich bekanntlich in einer Branche mehr als 50 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tarifverträgen befinden, kann dieser seine Wirkung entfalten. Wir unterstützen daher diese Gespräche in Niedersachsen zwischen den Tarifvertragsparteien ausdrücklich und hoffen, dass diese zarte Pflanze ohne ideologische Einflüsse aus Berlin zu einem Erfolg geführt werden kann.

Die katastrophalen Rahmenbedingungen in den sozialen Berufen setzen nicht die Leistungsanbieter, auch nicht die Kirchen, sondern Bundes- und Landesregierung.

**Wir dürfen nicht zulassen, dass Sie von Ihrem Versagen ablenken können.**

Im Antrag von CDU/FDP taucht die Forderung bzw. Unterstützung für einen Tarifvertrag Soziales kein einziges Mal auf.

Das ist kein Versehen, vielmehr ist die vollständige Deregulierung des Arbeitsmarktes Programm von großen Teilen aus CDU/FDP.

- Ausgliederung von Betrieben und Betriebsteilen,
- unfreiwillige Teilzeitarbeit,
- befristete Arbeitsverhältnisse,
- Minijobs und Leiharbeit.

### **Es muss Schluss sein mit dieser Flucht aus den Tarifverträgen!**

Von 2003 bis 2010 sind die Beschäftigungszahlen in Niedersachsen um 270.000 gestiegen. Der Anteil von Sozialversicherungspflichtigen ist dabei aber von 81 % auf 76 % zurückgegangen.

Hingegen hat sich der Anteil von Leiharbeit um 150 % von 27.000 auf 70.000 Beschäftigte erhöht.

Ebenfalls um 150 % oder 50.000 Beschäftigte ist die die Zahl der ausschließlichen Minijobber gestiegen.

Nun plant die Bundesregierung die Mini-Job-Grenze von 400,- auf 450,- Euro zu erhöhen, weil das angeblich zu Einkommenserhöhungen der Betroffenen führen würde.

**Das ist gegenüber den Betroffenen zynisch und diskriminierend zu gleich.**

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist in Niedersachsen um 100.000 Personen angestiegen, 75 % davon sind Frauen. Allein in der Altenpflege sind 45 % aller Jobs zwischenzeitlich in Teilzeitarbeit, über 80 % davon mit Frauen besetzt. Altersarmut ist vorprogrammiert.

Die deutliche Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen, gerade in den sozialen Berufen, führt:

- zu hoher Arbeitsplatzunsicherheit,
- zu kurzen Beschäftigungszeiten,
- zu psychischen Belastungen
- und zu erheblichen Nachwuchsproblemen.
- Schon heute fehlen über 3000 Fachkräfte allein in der Altenpflege. 2020 werden es 30.000 in Niedersachsen sein.

Und die Antwort der CDU/FDP im vorliegenden Antrag:

„Der Landtag begrüßt ausdrücklich die bisherigen Anstrengungen der Bundes- und Landesregierung für eine angemessene und leistungsgerechte Vergütung für Beschäftigte in Sozialberufen und bittet die Landesregierung ihr Engagement fortzusetzen“.

Sie müssen doch unter vollständigem Realitätsverlust leiden und wo ist eigentlich seit Monaten die Frauen- und Sozialministerin die dieses kontraproduktive Treiben beendet?

Frau Özkan redet gerne vom Pflegepakt Niedersachsen.

Nur, wann beginnt die Umsetzung?

- Noch immer gibt es keine Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschüler/innen
- Noch immer verweigern Sie sich einer solidarischen Umlagefinanzierung zur Nachwuchssicherung
- Noch immer liegt Niedersachsen bei den Pflegesätzen 17 % unter Bundesdurchschnitt, der niedrigste Durchschnittssatz aller westlichen Bundesländer.  
(In der Pflegestufe II (1611,- zu 1733,-) sind das 120,- im Schnitt weniger. In der Pflegestufe III sogar 150,- € (2006,- zu 2158,-)
- Die angebliche Anerkennung der tariflichen Entlohnung zur Beendigung der Dumpinglohnspirale in der Altenpflege findet faktisch nicht statt.
- Gleichzeitig haben Sie die Investitionsmittel in der stationären Pflege 2004 vollständig gestrichen,  
  
in der ambulanten Pflege 2009 um 20 % gekürzt,
- in der Kurzzeitpflege 2011 weitgehend gestrichen.

All diese Maßnahmen von CDU/FDP haben sowohl zur deutlichen Erhöhung der Eigenbeteiligung von Pflegebedürftigen als auch zur Unterdeckung der Pflegeeinrichtungen geführt.

Das ist Politik auf dem Rücken vom Beschäftigten, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen.

## **Diese Politik muss in Niedersachsen beendet werden.**

Pflegekammer: Ein weiteres unrühmliches Beispiel der Landesregierung ist Ihr Verhalten beim Thema Pflegekammer. Für die große Anzahl der 130.000 Beschäftigten wäre die Einrichtung einer Pflegekammer u. a. Anerkennung und Wertschätzung für ihren Beruf.

Am 9.2.2010 haben SPD und Grüne hierzu parlamentarische Initiativen eingebracht. In einer anschließenden Fachanhörung haben sich gut dreiviertel aller Fachleute für die Errichtung einer Kammer ausgesprochen.

2,5 Jahre haben Sie das Thema liegen gelassen, um nun die Landesregierung zu einem Rechtsgutachten aufzufordern. Staatssekretär Pott teilte dazu mit, dass das Gutachten nach der Sommerpause vorliegt. Das Parlament könnte das also prüfen und im September einen abschließenden Beschluss fassen.

Warum dann heute dieser nichtssagende Beschluss?

Die Wahrheit ist: Zu diesem Thema ist alles gesagt. Sie müssen eine politische Entscheidung treffen und davor haben Sie vor der Landtagswahl Angst.

Wer so handelt, verspielt den letzten Kredit bei den Pflegeberufen. Sie werden Ihre Quidung dafür kommen und die ist auch mehr als überfällig.

- Frau von der Leyen will kräftig umschulen, von Schlecker, zu Erzieherinnen und Altenpflegerinnen. Bei der Altenpflege zahlt Niedersachsen das dritte Jahr. Der Bund verweigert jedoch die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt.
- Die grundsätzliche Einführung eines Mindestlohns in der Pflegebranche wird von CDU/FDP nach wie vor blockiert und der Mindestlohn für Pflegehilfskräfte läuft 2012 aus.

Die Einführung von Mindestlöhnen in die Bremen kritisiert FDP-Fraktionsvorsitzender Dürr mit den Worten: „Für Niedersachsen kommt das nicht infrage“.

Wer aus ideologischen Gründen so mit sozialen Themen umgeht, spielt mit den Nöten von Betroffenen, provoziert Altersarmut und Pflegenotstände.

Es wird Zeit, dass Sie sich nach dem 20.01.2013 in der Opposition regenerieren, Sie Herr Dürr, wahrscheinlich in der Außerparlamentarischen.